

SPD demokratischer pressediens

P/XXV/164

2. September 1970

Leber setzt sich für den Innenstadt-Verkehr ein

Auch auf diesem Gebiet hatte die CDU/CSU zu wenig getan

Von Ernst Haer MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages

(Seite 1 - 2 / 65 Zeilen)

Politische Reisen bilden

Hilfe für den Klärungsprozeß in der CDU/CSU

Von Lothar Schwarte

stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes

(Seite 3 - 4 / 50 Zeilen)

Heinemanns Rede an die Jugend

Ein notwendiges Wort zur rechten Zeit

(Seite 5 / 40 Zeilen)

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Hausallee 2-10
Postfach: 6133
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 32 80 97 - 38
Telefax: 386 646/386 647/
386 648 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Leber setzt sich für den Innenstadt-Verkehr ein

Auch auf diesem Gebiet hatte die CDU/CSU zu wenig getan

Von Ernst Haar MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages

Der innerstädtische Verkehr sei das Stiefkind Leber'scher Verkehrspolitik, behauptete der für Verkehrsfragen in der CDU/CSU-Fraktion zuständige Sprecher Dr. Ernst Müller-Hermann. Abgesehen einmal davon, daß sich die CDU um diese Dinge während der Zeit ihrer Regierungsverantwortung nun wirklich nur sehr dürftig gekümmert hat - seit Georg Leber Verkehrspolitik betreibt, kann hier doch von "Stiefkind" wirklich nicht mehr gesprochen werden.

Im Gegenteil ist ganz grundsätzlich zunächst einmal zu sagen, daß der Stadtverkehr in der Verkehrspolitik dieser Bundesregierung eine hohe Priorität innehat. Freilich ist zu berücksichtigen, daß auch Verkehrspolitik die Kunst des Möglichen ist und die Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden sich einerseits an den vorhandenen Mitteln, andererseits an den übrigen Aufgaben des Staates orientieren müssen.

Im einzelnen ist zu der CDU/CSU-Argumentation folgendes festzuhalten:

1/ Die revidierte Schätzung des Mineralölsteueraufkommens beruht auf den Schätzungen der Steuerschätzungskommission von Bund und Ländern, die vor der 2. Lesung des Bundeshaushaltes entsprechend langjähriger Übung vorgenommen worden sind. Die Bundesregierung hat sich an diesen Zahlen orientiert. Von einer Übernahme der Schätzungen, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rahmen ihres der Regierungsvorlage sehr ähnlich sehenden Gesetzesentwurfs zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden vorgelegt hat, kann keine Rede sein.

2/ Die Ansätze des bis 1985 zusätzlich zur Verfügung stehenden Mineralölsteueraufkommens gehen von der geltenden gesetzli-

chen Verteilung dieses Aufkommens aus Planungen und Wunschvorstellungen ohne realistische finanzielle Basis sind keine Alternativen für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt die Auffassung des Bundesverkehrsministers, nach der der es sachlich und politisch unverträglich ist, in seinen Planungen einer möglichen Änderung des Steueraufkommens durch das Parlament vorzugreifen.

3/ Diese Bundesregierung hat in ihrem verkehrspolitischen Programm der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden eine hohe politische Bedeutung zuerkannt. Die über mehr als ein Jahrzehnt vernachlässigten Probleme des innerstädtischen Verkehrs wurden aufgezeigt und konkrete Wege zu ihrer Lösung gewiesen. Allerdings muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die Zuständigkeiten für die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zu einem erheblichen Teil in den Kompetenzbereich der Kommunen und der Länder fällt. Es besteht kein Zweifel, daß für die Bundesregierung die Gesondung der innerstädtischen Verkehrsverhältnisse ein Anliegen erster Ordnung bleiben wird.

4/ Es gibt noch weitere, nicht minder wichtige Maßnahmen zur Verbesserung des Leistungsbildes und der Ertragsituation des öffentlichen Personennahverkehrs und damit zu einer Entlastung des Verkehrs in den Gemeinden. Nach der Freistellung des öffentlichen Personennahverkehrs von der Kira-Steuer ist es das nächste Ziel, ihn ebenfalls von der Mineralölsteuer zu befreien, wie es ja auch der SPD-Parteitag in Saarbrücken beschlossen hat. Ferner wird die Einführung von Verkehrsverbänden mit einheitlichem Tarif und abgestimmtem Leistungsangebot nach Hamburger Muster gefördert. Schließlich wird die Staffelung der Arbeitszeiten und die Einführung der gleitenden Arbeitszeit, bei der das Bundesverkehrsministerium mit gutem Beispiel vorangegangen ist, zu einer weiteren Entzerrung der Verkehrsspitzen beitragen.

Warum also der Vorwurf angeblicher Vorkenntnisse? Da wäre es schon besser, wenn Herr Dr. Küller-Mannmann wenigstens bestätigen würde, daß mit dem Leber-Plan ein neuer Abschnitt deutscher Verkehrspolitik eingeleitet worden ist... nachdem die jetzige Opposition auf diesem Gebiet nahezu zwei Jahrzehnte de facto nur sehr, sehr wenig geleistet hat.

Politische Reisen bilden

Hilfe für den Klärungsprozeß in der CDU/CSU

Von Lothar Schwarz

stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes

In der CDU/CSU läuft seit geraumer Zeit ein Klärungsprozeß, der offensichtlich nicht nur mit Emotionen, sondern auch mit Ambitionen belastet und daher schwierig ist. Die Sozialdemokraten beobachten diesen Vorgang mit großer Aufmerksamkeit und ohne jede Schadenfreude. Sie haben sogar ein gewisses praktisches Verständnis für die "hektischen" Bemühungen, das in Bewegung geratene "Innenleben" der Union mit allerlei Ablenkungsmanövern aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit zu halten oder zu rücken. Das kann für den Generalsekretär einer Partei durchaus erlaubt sein. Der Spielraum für eine solche Politik sollte allerdings dort seine Grenzen haben, wo das gefährliche Feld der Demagogie beginnt. Mit der Wiederholung von Unterstellungen über besseres Wissen und den bewußten Gebrauch falscher Begriffe und Formulierungen aus einem vorliegenden Vertragstext werden diese Grenzen überschritten. Aufgrund dieser Feststellung, die sich aus Interviews und Artikeln führender Unionspolitiker geradwegs sekundärweise belegen läßt, muß nunmehr ernstlich die Frage nach dem Selbstverständnis der Union als parlamentarische Opposition aufgeworfen werden.

Wird dieses Selbstverständnis durch die Verlogenheit und bis zur Sturheit gehende Uneinsichtigkeit geprägt, mit der beispielsweise die Vorsitzenden der Substrukturparteien und ihre Generalsekretäre die Ostpolitik der Bundesregierung bekämpfen? Oder ist dafür die Bereitschaft zum "konstruktiven Dialog" repräsentativ, wie sie vor einer Woche von der stellv. CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Gerhard Stöckenberg signalisiert worden war? Dies ist die "Gretchenfrage", auf deren Beantwortung die wählenden Bürger

unseres Staates einen Anspruch haben. Dieser Nagelprobe auf Stärke und Wirksamkeit politischer Vernunft in ihren Reihen werden sich Parteigremien und Bundestagsfraktion der Union auf längere Sicht - auch durch eine eventuelle Verschiebung des Hamburger CDU-Parteitages - nicht entziehen können.

In dieser Situation und vor diesem Hintergrund kommt der Blitzreise des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel in die Hauptstädte unserer westlichen Verbündeten Bedeutung zu. Sein Bedürfnis nach zuverlässiger und nicht durch Autostuggestion eingefärbten Informationen ist immerhin ein bescheidenes positives Zeichen für eine Tendenz, die Außen- und Friedenspolitik der SPD/FDP-Bundesregierung sachlich auf ihren internationalen Stellenwert zu prüfen.

In den letzten Monaten und Wochen hat es sich gezeigt, daß solche "Bildungsreisen" in Sachen Politik den Blick für Realitäten schärfen und auch bei CDU/CSU-Abgeordneten zu einer differenzierten Bewertung der Ostpolitik führen können. Selbst den hartnäckigsten Gegnern dieser Politik der Aussöhnung mit dem europäischen Osten, einschließlich der Vertriebenen-Sprecher, sollten Moskau, Warschau und Prag also eine Reise wert sein. Es sei denn, sie lehnten eine Überprüfung oder Nuancierung ihrer Positionen grundsätzlich ab. Das wäre allerdings nicht die Haltung eines verantwortungsbewußten Politikers, sondern nur noch blinde und emotionsgebundene Rechthaberei.

Heinemanns Rede an die Jugend

Ein notwendiges Wort zur rechten Zeit

Es ist des Bundespräsidenten Stärke, daß er mit deutlichen und pointierten Aussagen nicht altgewohnte Formeln hersagt, um seinem Pflichtpensum als Redner auf Veranstaltungen zu genügen. Und es gehört auch zu seiner Stärke, daß er nicht um die Zustimmung der Zuhörer buhlt und um Beifall heischt, wo Kritik oder Mahnung erforderlich sind.

Seine Rede, die er auf einer Veranstaltung der Koblenzer Industrie- und Handelskammer anlässlich der Freisprechung von Lehrlingen gehalten hat, war nicht nur ein herausragendes Beispiel dieser seiner besonderen Formulierungskunst. Hier sprach der Ältere, der erfahrenere Mann, der sich nie den Wünschen und Sehnen der Jugend nach Neuwind verschlossen hat. Wenn er kritisierte, daß weder beschwörende Rufe nach Mao oder nach Che, und daß vor allem auch keine Gewaltakte die Situation des Einzelnen noch unserer Welt ein kleines Stück menschlicher, gerechter und vernünftiger machen, so sprach ganz gewiß nicht der konservierende Kritiker oder ein Ordnungsfanatiker, sondern der Mahner, der mit offenen Augen und hellhörigem Ohr einen gewichtigen und notwendigen Appell an die Vernunft richtet. Flucht in eine kleine beschränkte Welt des Einzelnen - oder gar ins Kauschgift - lösen, so rief er den jungen Menschen zu, keine Probleme. Demokratie heiße deshalb Teilhaben an der Herrschaft, und wer sich hier aus Bequemlichkeit vorweigere, der rufe jene immer bereiten Kräfte herbei, die politische Enthaltsamkeit für Eigeninteressen mißbrauchen.

Wenn der Bundespräsident überzogene Hoffnungen oder Wünsche der Jugendlichen zum Schul- und Universitätsbetrieb oder zur Lehrlingausbildung auf den Satz "Jede Art von Ausbildung muß zwischen Notwendigem und Wünschenswertem unterscheiden" reduzierte, so deshalb, um der Jugend einen Begriff von den realen Notwendigkeiten eines geordneten Lehrbetriebes zu geben. Mit allzu pauschalen Forderungen nach Reform im Bildungswesen schlechthin sei nichts Rechtes gewonnen, man müsse ins Detail gehen und die Wünsche des Einzelnen und die Erfordernisse der Gesellschaft gegeneinander abwägen, um konkret sagen zu können, was geändert werden soll, wenn eine Verbesserung der Ausbildung angestrebt wird.

Alle, die sich um die Jugend unserer Zeit ernsthaft kümmern und sich um die Zukunft Sorgen machen, können überzeugt sein, daß diese Koblenzer Rede Heinemanns ihre Wirkung nicht verfehlen wird und kann.